



PETER BEUTH MdL



Änderung der Hessischen Gemeindeordnung

Die kommunalen Gremien konnten während der Krise vielerorts allerdings nicht, wie gewohnt, in Präsenz tagen. Die zum Großteil ehrenamtlichen Kommunalpolitiker arbeiten allerdings weiterhin besonnen daran, die Folgen und Herausforderungen, die die Pandemie für ihre Stadt oder Gemeinde mit sich bringt abzumildern. Sie sind in diesen Zeiten als verlässliche Kümmerer und Ansprechpartner vor Ort gefragt.

Aus diesem Grund wurde in der vergangenen Plenarsitzung die Änderung der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) beschlossen. Die gute Nachricht für alle Mandatsträgerinnen und Mandatsträger vor Ort: Es wird die Möglichkeit eröffnet, ihnen eine angemessene Aufwandsentschädigung zu gewähren, auch wenn Stadtverordnetenversammlung, Gemeinderäte, Ortsbeiräte oder Ausschüsse nicht in Präsenz, sondern als Telefon- oder Videokonferenz tagen.

LIEBE MITBÜRGERINNEN, LIEBE MITBÜRGER,

mit meinem Wahlkreisbrief darf ich Sie über meine Wahlkreisarbeit, die vergangene Plenarwoche sowie aktuelle Themen meiner politischen Arbeit informieren.

Die weltweite Corona-Pandemie hat uns in Hessen und dem Untertaunus vor eine ganz neue Herausforderung gestellt. Die Kontaktbeschränkungen waren für viele Bürgerinnen und Bürger eine ungewohnte und sehr belastende Situation. Durch die Ausnahmesituation die durch die Krise hervorgerufen wurde, sind viele kleine und middle Betriebe, die das Rückgrat der deutschen Wirtschaftsleistung bilden, in finanzielle Nöte geraten. Hier hat die Hessische Landesregierung schnell reagiert und unbürokratische Soforthilfen auf den Weg gebracht. Viele Unternehmen konnten diese Unterstützung schon in Anspruch nehmen.

Seit 01. Mai können auch hessische Vereine aus den Bereichen Sport, Kultur, Bildung

und Soziales Unterstützung beantragen. Denn Hessens Vereine sind mit den vielen Ehrenamtlichen wesentlichen Elementen die das gesellschaftliche Miteinander stützen. Daher können alle gemeinnützigen Vereine, die von der Corona-Pandemie existenziell betroffen sind, bis zu 10.000 Euro Unterstützung beantragen. Hessen lässt seine Vereine nicht im Stich!

Ein besonderer Dank gilt jenen Mitbürgerinnen und Mitbürgern die in den vergangenen Wochen mit Ihrem besonderen Einsatz dafür gesorgt haben, dass unser Zusammenleben gute organisiert und unsere Versorgung hervorragend gesichert worden ist. Es sind viele Arbeitsbereiche in den öffentlichen Fokus geraten, die ansonsten nicht die gebotene Beachtung finden. Ihr unermüdliches Engagement verdient unser aller Anerkennung! Bleiben Sie gesund!

Peter Beuth MdL



Sehr geehrte Damen und Herren,

Ich freue mich Ihnen heute die neue Ausgabe „Aktuelles aus dem Landtag“ vorstellen zu können. In dieser Ausgabe befassen wir uns unter anderem mit dem vergangenen Plenum und natürlich dem großen Thema Corona. Aber auch weitere Themen, wie die Entscheidung unseres Kultusministers zur Beendigung der Kooperation mit DITIB, sollen in dieser Ausgabe Beachtung finden.

Wir befinden uns in außergewöhnlichen und herausfordernden Zeiten. Die Ausbreitung des Corona-Virus stellt unsere gesamte Gesellschaft weiterhin vor große und letztlich noch nicht absehbare Herausforderungen. Gerade jetzt, in Zeiten der Krise müssen sich die Bürgerinnen und Bürger umso mehr auf das Funktionieren der staatlichen Institutionen verlassen

können. Die Abgeordneten kamen daher in dieser Woche im Plenarsaal des Hessischen Landtags zusammen. In verkürzter Form und unter Einhaltung der notwendigen Abstandsregelungen und Hygienevorschriften tagte der Landtag an zwei, anstatt der üblichen drei Tage.

Im Mittelpunkt der Plenardebatte stand auch diesmal das Thema Corona. Unsere Fraktionsvorsitzende Ines Claus machte in ihrem Beitrag zur Regierungserklärung deutlich, dass wir in Deutschland und in Hessen mit unserem vorbildlichen Krisenmanagement und der herausragenden Solidarität und Akzeptanz in der Bevölkerung zwar schon viel erreicht haben, aber dennoch weiterhin besonnen und vorsichtig bleiben müssen, damit die Corona-Krise bewältigt werden kann.

Eine weitere wichtige Entscheidung der vergangenen Tage war die Beendigung der Kooperation mit DITIB beim islamischen Religionsunterricht. Da der Verband die Zweifel an seiner Unabhängigkeit bis zuletzt nicht ausräumen konnte, wird nach dem Aussetzen der Zusammenarbeit das Fach „Islamunterricht“ ab dem Schuljahr 2020/21 als staatliches Angebot für

Schülerinnen und Schüler muslimischen Glaubens ausgeweitet.

Mit der Neuregelung der Hessischen Gemeindeverordnung (HGO), können sich Gemeinden zukünftig zwischen dem Ausländerbeirat und der Einrichtung einer Integrations-Kommission entscheiden. Mit diesem Optionsmodell wird gewährleistet, dass Ausländerinteressen in allen Kommunen ausreichend Gehör finden, wobei auch Beiräte, in denjenigen Gemeinden, in denen diese Beteiligungsform etabliert ist, in Zukunft fortgeführt werden können.

Mehr zu diesen und weiteren Themen erfahren Sie in unserer heutigen Ausgabe.

Für weitere Informationen können Sie unsere Internetseite unter www.cdu-fraktion-hessen.de besuchen sowie Anregungen, Fragen oder Rückmeldungen an cdu-fraktion@ltg.hessen.de richten.

Eine interessante Lektüre und vor allem Gesundheit wünscht Ihnen

Holger Bellino

Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag

CORONA-KRISENMANAGEMENT IN HESSEN

Ines Claus, Fraktionsvorsitzende



Seit über 2 Monaten beherrscht Corona unser tägliches Leben und hat unseren Alltag in vielerlei Hinsicht grundlegend verändert. In dieser Zeit haben wir gemeinsam alles darangesetzt, die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen. Das ist uns glücklicherweise gelungen, Bilder wie in Bergamo oder New York City blieben uns erspart. Bund und Länder haben mehrere milliardenschwere Maßnahmenpakete und Einzelmaßnahmen beschlossen, um der Krise

effizient, pragmatisch und schnellstmöglich entgegenzutreten. Doch auch wenn der schlimmste Verlauf verhindert werden konnte, bleibt die Gefahr des Virus weiter bestehen und die Bewältigung der Corona-Pandemie ein historischer Kraftakt für die Bevölkerung und Wirtschaft.

Als Union ist es uns wichtig, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt und das wirtschaftliche Leben erhalten bleiben. Wir haben in den vergangenen Wochen und Monaten durch unser Krisenmanagement auf Bundes- und Landesebene sowie der herausragenden Solidarität und Bereitschaft in der Bevölkerung viel erreicht. Durch die harten Einschränkungen und die Disziplin der Bevölkerung konnten die Ansteckungsrate und die Zahl der Neuinfektionen deutlich gesenkt werden. Dennoch

gilt es weiterhin besonnen und vorsichtig zu bleiben, damit die Corona-Krise bewältigt werden kann. Wer jetzt versucht, das positive gesellschaftliche Klima durch populistische Parolen und voreilige Schlüsse und Forderungen zu stören, wird auf unseren Widerstand stoßen. Gerade für uns als Union mit Verpflichtung zum christlichen Menschenbild steht in dieser pandemischen Krisensituation der Schutz von Menschenleben im Mittelpunkt unserer Bemühungen. Jeder Mensch hat ein Recht auf den Schutz seines Lebens und seiner Gesundheit. Dazu gehört auch, jedem Menschen die bestmögliche medizinische Behandlung zukommen zu lassen.

Um dies zu gewährleisten, darf unsere medizinische Infrastruktur nicht überfordert werden – d.h. die Zahl der Infizierten und daraus unmittelbar abgeleitet die Zahl der schweren Fälle, die eine Versorgung im Krankenhaus und in der Intensivmedizin bedürfen, muss kleiner sein als die Kapazität des Gesundheitssystems. Überforderungssituationen, wie wir sie in Italien, Spanien oder der USA gesehen haben und die in der „Triage“-Praxis enden, in der schwerkranke Menschen nicht mehr behandelt, sondern dem Tod überlassen werden, wollen und müssen wir unbedingt vermeiden. Die Krise und ihre Folgen können wir nur gemeinsam und mit viel Einsatz überwinden.

Bund und Land haben hier in den vergangenen Wochen Außerordentliches geleistet. Gerade in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Wirtschaft ist die CDU-geführte Landesregierung immer wieder auf Forderungen eingegangen, hat Anpassungen vorgenommen, sich den

Debatten gestellt und einen klugen Weg zwischen notwendigen Restriktionen und vertretbarer Öffnung gefunden.

Der stärkste Fokus liegt auf dem Gesundheitsbereich.

Nach Expertenmeinung ist kaum ein anderes Bundesland

für die Corona-Krise besser aufgestellt als Hessen. Um das System zu halten und auszubauen, haben wir durch den beschlossenen Nachtragshaushalt nochmals 10 Millionen Euro in die Beschaffung von Beatmungsgeräten und Schutzausstattung investiert. Das Pflegeentgelt wurde zudem von 146 auf 185 Euro erhöht und im ambulanten Bereich den niedergelassenen Ärzten eine 90-prozentige Umsatzgarantie gegeben. Unser Ziel ist es, unser Gesundheitssystem so auszustatten, dass es mit dieser historischen Aufgabe zurechtkommt. Wir müssen diejenigen unterstützen, die seit mehreren Monaten an der Belastungsgrenze arbeiten und werden die Krise nutzen, um noch stärker nach vorne zu denken, insbesondere im Bereich Digitalisierung und Telemedizin.

Im Bereich der Bildung möchte ich zunächst darauf hinweisen, dass Hessen, trotz vieler Anfeindungen, als 1. Bundesland das Abitur hat ablegen lassen. So haben 96 Prozent der Schülerinnen und Schüler die Prüfungen mitgeschrieben, obwohl die Teilnahme freigestellt war. Ein Erfolg, der von allen Beteiligten viel Zustimmung erfahren hat. Um nach der schrittweisen Wiederaufnahme des Schulbetriebs, den größtmöglichen Schutz unserer Schülerinnen und Schüler zu gewährleisten, sorgen Land und Schulträger für die hygienischen Grundvoraussetzungen an den Schulen. Neben einem hessenweiten Hygieneplan mit landesweiten Standards, stehen den Schulen u.a. 750.000 Schutzmasken zur Verfügung, falls ein Schüler seine Maske vergessen sollte oder diese defekt ist. Das gleiche gilt für 18.000 Liter Desinfektionsmittel. Auch finanziell unterstützt das Land und übernimmt bei den abgesagten Schüleraustauschen, Studien- und Klassenfahrten die Stornokosten.

Mit Blick auf die Wirtschaft hat der Hessische Landtag zur Bewältigung der Folgen der „Corona-Pandemie“ den größten Nachtragshaushalt seiner Geschichte mit einem Umfang von zwei Milliarden Euro verabschiedet. Diese Mittel fließen vor allem in die umfangreichen Soforthilfen an Unternehmen, Solo-Selbstständige und

So geht's weiter in Hessen

Beschlüsse vom 7. Mai 2020

Ab 9. Mai dürfen wieder öffnen:

- Geschäfte, unabhängig von Verkaufsfläche
- Kultureinrichtungen
- Breitensport ohne Kontakt (Tennis, Golf, u.ä.)

Ab 15. Mai dürfen wieder öffnen:

- Restaurants, Gaststätten, Biergärten
- Hotels, Pensionen, Privatzimmer
- Campingplätze und Ferienwohnungen
- Fitnessstudios

Großveranstaltung = mehr als 100 Personen

Alle Infos im Detail: corona.hessen.de



Vereine aber auch in die Anschaffung von Schutzausrüstung für Schulen und das Gesundheitswesen. Weit über 100.000 Selbständige und Unternehmen haben inzwischen einen Antrag auf Soforthilfe gestellt. Nach knapp vier Wochen konnte so gut 90.000 hessischen Unternehmern mit mehr als 810 Mio. Euro geholfen werden. Hinzu kommen die steuerlichen Maßnahmen, die Programme der KfW, die Bundeshilfen und vieles mehr. Außerdem konnten wir u. a. ein Sofortprogramm zur Unterstützung von Vereinen und Kulturbetrieben auf den Weg bringen, von dem viele Kulturbetriebe und Spielstätten, Festivals sowie in der Laienkultur und der kulturellen Bildung engagierte Vereine profitieren. Eine gewaltige Leistung – wie gerade der Blick in andere Länder zeigt, wo es deutlich mehr Probleme gab.

Gemeinsam haben wir viel erreicht und trotzdem gibt es immer noch Bereiche, die stark unter der Krise leiden. Diese müssen wir im Blick behalten. Wir brauchen ein Belastungsmoratorium mit Fristen und Perspektiven für alle. Das betrifft am prominentesten den gesamten Bereich Gastronomie, Tourismus, Übernachtungsbetriebe und den Sport. Ganze Regionen leben davon, auch in Hessen.

Die in dieser Woche gefassten Beschlüsse der CDU-geführten Bundesregierung zusammen mit den Ministerpräsidenten der Länder sind ein weiterer wichtiger Schritt, diese Krise zu bewältigen. Gemeinsam haben wir in den letzten Wochen und Monaten gezeigt, dass wir vernünftig mit dieser Krise umgehen können. Lassen Sie uns weiter zusammenhalten und achtgeben aufeinander, dann werden wir auch diese Krise gemeinsam bewältigen.



KOOPERATION MIT DITIB AUSGESETZT

Armin Schwarz, bildungspolitischer Sprecher

Ab dem neuen Schuljahr 2020/21 wird der bekenntnisorientierte islamische Religionsunterricht in Kooperation mit dem DITIB Landesverband Hessen e.V. („DITIB Hessen“), der bisher in den Klassen 1-6 angeboten wurde, ausgesetzt. DITIB konnte die Zweifel an der grundsätzlichen Unabhängigkeit von der türkischen Regierung bis zuletzt nicht ausräumen.

Der Hessische Kultusminister Prof. Dr. R. Alexander Lorz hat diese Entscheidung nach eingehender Prüfung der von DITIB eingereichten Unterlagen und auf Basis aktualisierter gutachterlicher Einschätzungen von Prof. Dr. Mathias Rohe (is-

lamwissenschaftlich), Dr. Günter Seufert (turkologisch) und Prof. Dr. Josef Isensee (verfassungsrechtlich) getroffen.

Nach dem Aussetzen der Kooperation wird nun das Fach „Islamunterricht“ als staatliches Angebot für Schülerinnen und Schüler muslimischen Glaubens ausgeweitet. Dabei handelt es sich um einen religionskundlichen Unterricht, der schulrechtlich als Alternative zum Ersatzfach Ethik ausgestaltet sein wird. Der Unterricht wird ausschließlich von staatlichen Lehrkräften und nach vom Land Hessen erarbeiteten Lehrplänen in deutscher Sprache erteilt.



NOVELLIERUNG DER HESSISCHEN GEMEINDEORDNUNG (HGO) UNTER DACH UND FACH

Alexander Bauer, Innen- und kommunalpolitischer Sprecher

Bereits seit längerem diskutiert der Hessische Landtag eine Reform der Hessischen Gemeindeordnung, die in dieser Plenarrunde ihren Abschluss fand.

Darin werden die Kommunen – wegen der Corona-Pandemie – bei der Erstellung der Haushalte von Bürokratie entlastet und erhalten mehr Zeit für den Gesamtabschluss. Kleinere Kommunen unter 20.000 Einwohnern werden sogar von der Pflicht zur Erstellung eines Gesamtabschlusses befreit.

Die Gremienarbeit in den Kommunalparlamenten wird verbessert: Mit der Nutzung von E-Mails, der Teilnahme von Mitarbeitern bei nichtöffentlichen Sitzungen und der Wiedereinführung einer Fraktionsmindeststärke in den Städten mit über 50.000 Einwohnern, wird die Arbeit der ehrenamtlichen Mandatsträger erleichtert. Mit der Verkürzung der Mindestwohnsitzdauer werden zudem die Vorschriften im Wahlrecht den aktuellen Bedürfnissen angepasst

Überdies können die Gemeinden in Zukunft zwischen der Beibehaltung des Ausländerbeirats und der Einrichtung

einer Integrations-Kommission wählen. Mit diesem Optionsmodell wird gewährleistet, dass Ausländerinteressen in allen Kommunen ausreichend Gehör finden. Es führt überdies nicht zur Abschaffung der Ausländerbeiräte, denn die bisherigen Regelungen in § 88 HGO bleiben erhalten. Zudem wird die Ausländerbeiratswahl gestärkt indem der Wahltermin auf den Tag der Kommunalwahl gelegt wird. Dadurch können am 14. März 2021 in voraussichtlich 171 Kommunen, mit mehr als 1.000 ausländischen Einwohnerinnen und Einwohnern verbesserte Partizipationsmöglichkeiten entstehen.

Mit Blick auf die derzeitige Ausnahme-situation haben wir überdies kurzfristig eine weitere Änderung vorgenommen, um für Sitzungen der Gemeindevertretungen, Kreistage oder der Ausschüsse, die aufgrund der kontaktbeschränkenden Regelungen zu Bekämpfung der Corona-Pandemie vielerorts nur in virtueller Form stattfinden, eine praxisgerechte Regelung zur Aufwandsentschädigung (gültig rückwirkend ab dem 20. März 2020) zu ermöglichen. Künftig ist die Gewährung einer angemessenen Aufwandsentschädigung auch für Sitzungen in Form

von Telefon- oder Videokonferenzen möglich, wobei die Entscheidung, ob und in welchem Umfang eine Entschädigung erfolgt der Gemeindevertretung bzw. Stadtverordnetenversammlung obliegt. Dies wird dem Einsatz unserer Ehrenamtlichen – gerade in Corona-Zeiten – gerecht.



ZUWENDUNGEN DES LANDES IN UNSERER REGION

Auch in den schwierigen Zeiten unterstützt die Hessische Landesregierung Vorhaben und Institutionen im Untertaunus.

Rund 2,8 Millionen Euro erhielt die Hochschule Fresenius Ende April aus der dritten Phase des Hochschulpaktes 2020. Die seit 1995 am Standort in Idstein befindliche Hochschule hat sich als feste Größe in der hessischen Hochschullandschaft etabliert. Mit den Mitteln soll die Hochschulen dabei unterstützt werden, die Studienhochs der vergangenen Jahre zu bewältigen. Die Förderung ist nicht nur eine Investition in die Institution selbst, sondern auch in den Standort Idstein und damit in den gesamten Untertaunus.

Für die Hessische Landesregierung ist die Förderung des Wohnungsbaus eine

der wichtigsten Aufgaben in der laufenden Legislaturperiode. Davon profitiert auch der Wohnungsbau in unserer Region maßgeblich. Die Stadt Taunusstein erhielt für den Neubau von 72 Sozialwohnungen in Hahn rund 9 Millionen Euro – 1,8 Millionen als Zuschuss und 7,3 Millionen als Darlehn.

Unsere Region ist ein attraktiver Wohnort ist. Das zeigt der Zuzug der in den vergangenen Jahren allein in Taunusstein erfolgt ist. Allerdings führte dieser und die unmittelbare Nähe zur Landeshauptstadt Wiesbaden auch zum Anstieg der Grundstücks- und Mietpreise. Mit den neuen Wohnungen, für Menschen mit geringem Einkommen, kann der Wohnungsmarkt vor Ort entlastet werden.

SICHERES HESSEN, SICHERER UNTERTAUNUS

Die Kriminalstatistik für das Jahr 2019 zeigt: Hessen ist so sicher wie nie zuvor! Im gesamten Bundesland ist die Kriminalitätsbelastung, im Vergleich zum Vorjahr, um rund zwei Prozent gesunken. Damit ist der niedrigste Wert seit 1980 erreicht worden.

Im gesamten Rheingau-Taunus-Kreis bleiben die Fallzahlen weiterhin auf einem niedrigen Niveau. Gleichzeitig konnte aber die Aufklärungsquote im Vergleich zu 2018 nochmals gesteigert werden und liegt bei 66,8 %. Das ist der höchste Wert im 10-Jahres-Vergleich. Damit ist und bleibt der Rheingau-Taunus-Kreis der einer der sichersten Landkreise in Hessen.

Diese positive Entwicklung erleben auch die Untertaunusgemeinden. Rund 3.000 Straftaten wurden im vergangenen Jahr in den Städten und Gemeinden in den

beiden Polizeistationen (Bad Schwalbach und Idstein) erfasst. Über 70 % der gemeldeten Fälle konnten auch aufgeklärt werden.

Für das Land Hessen spielt die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger eine große Rolle. Um das Sicherheitsgefühl der Menschen vor Ort zu stärken, hat die Landesregierung die Sicherheitsinitiative KOMPASS eingeführt. Damit soll die Zusammenarbeit zwischen den Sicherheitsbehörden und den Bürgerinnen und Bürgern sowie der Kommunen gestärkt werden, um zielgerichteter auch auf die Sorgen und Ängste der Bürger eingehen zu können und Lösungsangebote zu entwickeln.

Bisher nehmen in unserer Region Idstein, Hünstetten, Niedernhausen und Taunusstein, an der KOMPASS-Initiative teil.

TERMINE

26. – 28. Mai,
Plenum, Hessischer Landtag
Wiesbaden

ZAHL DES MONATS

815 Millionen €

Mit den Soforthilfen wurde ein „Rettungsschirm“ für die vielen Kleinunternehmer und Solo-Selbstständigen geschaffen. Insgesamt 815 Millionen Euro an Hilfen wurden bereits an rund 90.000 Unternehmen (bei 120.000 Antragsstellern) in Hessen bereits ausbezahlt. Die Mittel stammen aus dem Hilfspaket des Bundes, die mit Hilfen des Landes ergänzt werden.

Neben diesen Soforthilfen existieren noch weitere Hilfsangebote für hessische Unternehmen, die von der Corona-Pandemie betroffen sind.

Die WIBank bietet unter anderem Liquiditäts- und Notkredite für besonders stark betroffene Unternehmen. Informationen zu den Angeboten finden Sie unter: www.wibank.de/corona



IMPRESSUM

CDU-Fraktion im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden
Telefon: 0611 - 350 534 | Telefax: 0611 - 350 552
E-Mail: cdu-fraktion@ltg.hessen.de
twitter.com/cdu_fraktion
facebook.com/cdufraktionhessen
www.instagram.com/cdufraktion

Peter Beuth MdL
Wahlkreis Rheingau-Taunus II
Liebigstraße 12 | 65307 Bad Schwalbach
Telefon: 0611 - 350703
p.beuth2@ltg.hessen.de
www.unser-abgeordneter.de
Fotos: Scarlett Rüger, Marius Schmitt, cdu.de, cduhessen.de, MdL Peter Beuth